

Obwohl der Schwangerschaftsabbruch grundsätzlich zur ganzheitlichen medizinischen Versorgung von Frauen mit dazugehört, haben Frauen, die in Trier und Umgebung ungewollt schwanger werden, mit erheblichen Problemen in Bezug auf die Durchführung eines Abbruchs dieser Schwangerschaft zu kämpfen. Operative Eingriffe sind hier nämlich überhaupt nicht möglich und auch die Versorgungslage in Bezug auf den medikamentösen Abbruch ist nicht ausreichend vorhanden.

Woran liegt das? In Trier sind die beiden großen Krankenhäusern kirchlicher Trägerschaft und die Durchführung dieser Behandlungen wird hier aus religiösen Gründen kategorisch abgelehnt, obwohl immer wieder betont wird, dass keine Frau in einer hilfeschreitenden Situation abgewiesen wird. Aber sie sehen sich als "Lobbyisten für das ungeborene Leben" und führen daher keine Schwangerschaftsabbrüche durch (vgl. Volksfreund 13.12.2024). Doch müsste in einem säkularem Staat, in dem die Kliniken sowieso staatlich

(und damit von der arbeitenden Bevölkerung) finanziert sind, das Interesse und die Versorgung dieser Menschen nicht im Vordergrund stehen? Offensichtlich nicht. So müssen insbesondere Frauen in Trier und Umgebung, die einen operativen Abbruch durchführen lassen wollen oder müssen, zusätzlich zu den anderen Zugangshürden weite Fahrwege, die selbstredend auch mit weiteren Kosten verbunden sind, in andere Städte oder Bundesländer auf sich nehmen.

Gesetzliche Regelung von Schwangerschaftsabbrüchen im Strafgesetzbuch

Die Durchführung von Schwangerschaftsabbrüchen ist im Strafgesetzbuch geregelt und damit in manchen Fällen zwar straffrei, aber nie legal möglich. Dies stellt für viele Gynäkologinnen eine hohe (persönliche) Hürde dar, diese Versorgungen überhaupt anzubieten und durchzuführen. Dazu kommt, dass im gleichen Atemzug sogenannte Gehsteigbelästigungen vor Arztpraxen oder Beratungsstellen nicht illegalisiert

Außerdem in dieser Ausgabe:



Bezahlkarte in Trier:
Schikanierung von
Sündenböcken



Interview: Leben als
geflüchteter Arbeiter
in Trier



sind und befürchtet werden muss, dass religiöse FanatikerInnen vor den Praxen, Kliniken oder Beratungsstellen Mahnwachen oder ähnliches abhalten und damit MedizinerInnen, Beratende und Betroffene belästigt und bedrängt werden könnten.

Langes Warten auf Facharzttermine

Ein weiteres Problem ist, dass viele Frauen unter Umständen recht lange auf einen gynäkologischen Untersuchungstermin warten müssen, in dem die Schwangerschaft bestätigt, die Blutgruppe der Frau bestimmt werden muss und gegebenenfalls weitere Untersuchungen durchgeführt werden müssen um einen Abbruch grundsätzlich medizinisch möglich zu machen. Vor allem dann, wenn nicht schon bei der Terminvereinbarung am Telefon, gegenüber der Sprechstundenhilfe, geäußert werden möchte, dass eine Abtreibung gewünscht oder zumindest in Erwägung gezogen wird. Noch schlechter sieht es diesbezüglich für die Frauen aus, die hier in Trier und



Umgebung (noch) in keiner gynäkologischen Betreuung im Rahmen der sonstigen Vorsorge angebunden sind. So verstreicht im Zweifel kostbare Zeit in der evtl. ein medikamentöser Abbruch noch möglich wäre, vor allem wenn man bedenkt, dass zusätzlich eine verpflichtende Beratung wahrgenommen werden muss, wonach mindestens drei weitere Tage verstreichen müssen bis betreffende ÄrztInnen oder Kliniken die Abtreibung straffrei durchführen können.

Hohe Kosten für Schwangerschaftsabbrüche beziehungsweise -verhütung

Hinzu kommt, dass von den gesetzlichen Krankenkassen lediglich die Untersuchungen gezahlt werden, die auch im Rahmen der Schwangerschaftsvorsorge gemacht würden, wie zum Beispiel die Bestimmung der Blutgruppe, die Feststellung des Schwangerschaftsalters oder die ärztliche Beratung hinsichtlich der Abtreibung. Der Abbruch selbst sowie die damit zusammenhängenden Kosten, wie beispielsweise Narkosen, Ultraschalluntersuchungen oder die Gabe von Medikamenten zur Behandlung von Nebenwirkungen beziehungsweise zur Auslösung des Abbruchs müssen von den Frauen in der Regel selbst ge-

zahlt werden. In diesem Zusammenhang ist ebenfalls zu erwähnen, dass sämtliche Mittel zur Schwangerschaftsverhütung ab dem 22. Lebensjahr auch vollständig selbst zu zahlen sind und gesetzliche Krankenkassen hierfür nicht aufkommen. Gleichzeitig steigt das Alter in dem junge Menschen regelmäßig sexuell aktiv sind auf 22 Jahre - also das Alter, ab dem Verhütungsmittel nicht mehr kostenfrei verfügbar sind (vgl. Bericht der Kommission zur reproduktiven Selbstbestimmung und Fortpflanzungsmedizin).

Sowohl die Schwangerschaftsverhütung, als auch der Abbruch einer ungewollten Schwangerschaft sind also das pure Privatvergnügen von Frauen.

Gesetze und Regelungen im Sozialismus

Vergleicht man diese heutigen Regelungen und Gesetzgebung mit denen der damaligen DDR, so muss man feststellen, dass dort sowohl der Zugang zu schwangerschaftsverhütenden Mitteln, wie zum Beispiel der Pille, als auch der zu Schwangerschaftsabbrüchen, wesentlich einfacher war. Schwangerschaftsabbrüche waren hier nicht im Strafgesetz

verankert, Verhütungsmittel wurden den Frauen kostenfrei zugänglich gemacht und auch über die Durchführung einer Abtreibung konnten Frauen ab 1972 ohne Angabe von Gründen innerhalb von zwölf Wochen eigenverantwortlich entscheiden. Auch diese Kosten wurden übernommen und mussten nicht privat von den Betroffenen gezahlt werden.

Abgesehen davon waren auch die Perspektiven von Frauen, die sich für die Austragung einer eventuell ungewollt entstandenen Schwangerschaft entschieden wesentlich emanzipatorischer als die in der BRD. Hier konnte die Frau ein Jahr bei vollem Lohnausgleich zu Hause bleiben und hatte danach einen garantierten Betreuungsplatz für das Kind und das Recht, auf ihren Arbeitsplatz zurückzukehren. Darüber hinaus gab es Geld für notwendige Anschaffungen für das Kind. Somit war die Frau wesentlich unabhängiger vom Mann und der Institution Ehe als in der kirchlich-christlich geprägten BRD. Auch heute hat man in Deutschland lediglich im Rahmen des gesetzlichen Mutterschutzes, also sechs Wochen vor und acht Wochen nach Geburt, einen Anspruch auf eine Ausgleichszahlung die dem vollen Lohn entspricht. Weitere zwölf Monate hat man Anspruch auf Elterngeld, das aber lediglich 65% des Lohns entspricht. Hier in Rheinland-Pfalz hat man erst ab dem zweiten Lebensjahr des Kindes einen Anspruch auf einen kostenfreien Kitaplatz. Vorher muss die Kinderbetreuung privat gezahlt werden.

Dass in der heutigen BRD Schwangerschaftsabbrüche überhaupt straffrei möglich sind, ist nicht zuletzt wegen den damaligen Regelungen der DDR möglich.

Unsere Forderungen

Um die allgemeine und ganzheitliche Versorgung von Frauen insbesondere auch hier in Trier zu verbessern, beziehungsweise überhaupt möglich zu machen, fordern wir, dass in allen öffentlichen und kirchlichen Kliniken Schwangerschaftsabbrüche, egal ob medikamentös oder operativ, durchgeführt werden müssen. Somit würden zum einen den Betroffenen Frauen weite Fahrtwege erspart, zum anderen werden so die wenigen Praxen und Kliniken, in denen ein Abbruch überhaupt möglich ist entlastet, da eine flächendeckende Versorgung möglich wird. Darüber hinaus muss der Schwangerschaftsabbruch, egal ob operativ oder medikamentös, und alle damit zusammenhängenden Behandlungen Leistung der gesetzlichen Krankenkassen werden, so dass betroffene Frauen nicht privat für diese sehr teuren Kosten aufkommen müssen. In diesem Zusammenhang müssen schwangerschaftsverhütende Mittel natürlich ebenfalls von den Kassen gezahlt werden, damit auch dieser Zugang niedrigschwelliger wird und nicht einem Privatvergnügen gleich kommt.



Religiöse Fanatiker bei einer Kundgebung in Trier

Außerdem muss die Beratungsregelung, zumindest hinsichtlich der drei Tage, die zwischen Beratung und Abbruch verstreichen müssen, überarbeitet werden.

Natürlich muss der Schwangerschaftsabbruch im Generellen außerhalb des Strafgesetzbuchs geregelt werden, damit es auch für GynäkologInnen möglich wird, diese Behandlung, genau wie alle anderen Behandlungen, durchführen zu können und sie damit nicht an den Rand der Legalität gedrängt werden. Im gleichen Atemzug müssen sogenannte

Gehsteigbelästigungen verboten werden.

All diese Regelungen und Gesetze müssen mindestens geändert werden, damit die körperliche und sexuelle Selbstbestimmung von Frauen überhaupt möglich wird.

Elisabeth Singer



Quelle: Instagram - feministische_vernetzung_trier



Die Balaver wird herausgegeben von:



DKP
Deutsche Kommunistische Partei
in Karl Marx' Geburtsstadt

 trier@dkp-rlp.de

 <https://dkptrier.de>

 [kommunistischepartei.trier](https://www.instagram.com/kommunistischepartei.trier)

 DKP Trier

 DKP Trier

 DKP Trier

Impressum: Balaver, V.i.S.d.P.: P. Drastik, Hornstraße 7, 54294 Trier



Die Bezahlkarte für Asylsuchende ist ein Instrument, welches überall in Deutschland seine Runden macht. Zuwendungen sollen damit nur noch digital erfolgen. Das soll den ausstellenden Aufnahmeeinrichtungen Verwaltungsprozesse vereinfachen und mehr Sicherheit bieten. Das bestimmende Integrationsministerium in Mainz hat verfügt, eine Summe von 130€ sind monatlich frei abhebbar. Das ist fast das Dreifache als in anderen Bundesländern. Ein Personenkreis von 50 bis 80 Personen der Trierer Landeserstaufnahmeeinrichtung wurde innerhalb des Testmodells ausgewählt, erstmalig die Bezahlkarte zu erhalten.

Dieses Instrument stellt eine Schikane dar. Ebenso macht es die Asylsuchenden zu Sündenböcken für eine herzlose Flüchtlingspolitik, die von den wirklichen Missständen ablenken soll.

Populistische Symbolpolitik

Die Koalition aus CDU, Grünen und FDP des neuen Trierer Stadtrates hat sich in ihrem bedeutungsschwangeren "Zukunftsbündnis" sehr moderat und technokratisch zur Bezahlkarte bekannt. Darin heißt es unter Punkt 14.4.: "Eine Einführung der Bezahlkarte ist dabei mit allen betroffenen Institutionen vor Ort im Sinne einer auf

die Würde der Geflüchteten (...) auszurichten (...)".

Diese Würde wird bereits mit der Einführung der Bezahlkarte angegriffen. Denn diesem Instrument geht ein Misstrauen voraus, dass Geflüchtete mit dem erhaltenen Geld nicht das tun, was die Herrschenden von ihnen erwarten: Das Geld durch Warenkonsum in die deutsche Wirtschaft rückzuführen. Stattdessen hält sich das Vorurteil, Geflüchtete leben von Luft allein und würden sämtlich erhaltenes Geld in ihre Herkunftsländer schicken – um dort instabile Systeme oder Regime zu stützen. Als ob Flüchtlinge nur nach Deutschland kämen, um die Sozialsystem aus-zupressen. Die Landesregierungen der politischen "Mitte" kopieren hemmungslos die extrem rechten Positionen der sogenannten Alternative für Deutschland (AfD). Darum sagen wir als DKP: Die AfD macht die Hetze, die bürgerlichen Parteien die passenden Gesetze. Was anderes als populistische Symbolpolitik sind Bezahlkarten nicht.

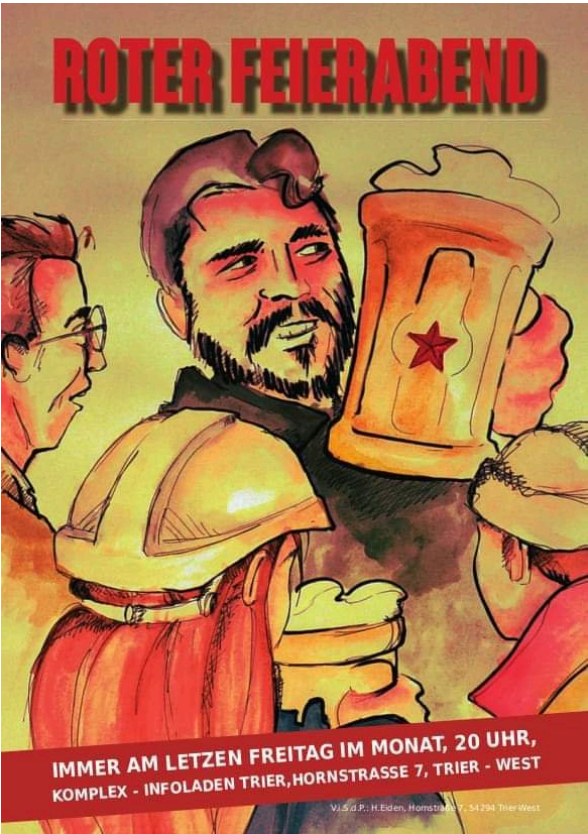
Bezahlkarten als Ausweis der Sündenböcke

Es sind nicht Flüchtlinge, die zur Verarmung beitragen. Die Sozialkassen sind leer, weil die Steuern zur Militarisierung eingesetzt werden. Die Sozialkas-

sen sind leer, weil für die Hyperreichen mit ihren immensen Vermögen keine entsprechenden Abgaben erhoben werden. Es sind nicht Flüchtlinge, die die Mietpreise hochtreiben oder weswegen Wohnheime geschlossen werden. Es liegt nicht an der Höhe der Zuwendungen, dass Brücken und Schulen in Deutschland einstürzen. Es liegt nicht an der Vergabe von Wohnplatz an Schutzsuchende, dass die Obdachlosigkeit in Deutschland steigt. Aber sie werden dafür verantwortlich gemacht. Und zwar von fast allen Parteien in Deutschland. Der Staat wird reaktionär und neoliberal umgebaut. Statt Grundversorgung aller Menschen, nur noch profitable Versorgungslandschaft für Besserverdienende. Statt einer wirklichen Meinungspluralität, nur noch Staatsräson, die lediglich Parolen im Sinne der Herrschenden akzeptiert. Die Bezahlkarten werden zu Ausweisen der erklärten Sündenböcke. Es ist eine Spaltungspolitik, die davon ablenken sollen, dass Kapitalisten sich täglich mehr an der erbrachten Arbeit der Massen bereichern. Das perfide daran: All zu oft, wird dem geglaubt.

Und wenn das Pilotprojekt bei Geflüchteten erstmal etabliert wurde, ist nicht ausgeschlossen, damit andere Menschen ebenso zu schikanieren: Menschen, die von Sozialhilfe leben. Diese Bezahlkarten sind ein Testballon und die Herrschenden werden ein starkes Mittel der Schikanierung und Spaltung der arbeitenden Klasse nur allzu gern breitflächiger anwenden. Nachtigall, ick hör dir trapsen.

Christian Lühr



Du willst die Herausgabe der „Balaver“ unterstützen?

Wir freuen uns über eine einmalige oder dauerhafte Spende!

Nutze einfach folgende Bankverbindung und den Verwendungszweck „Spende“:

Deutsche Kommunistische Partei Trier

IBAN: DE92 5855 0130 0001 1109 23

BIC: TRISDE55XXX

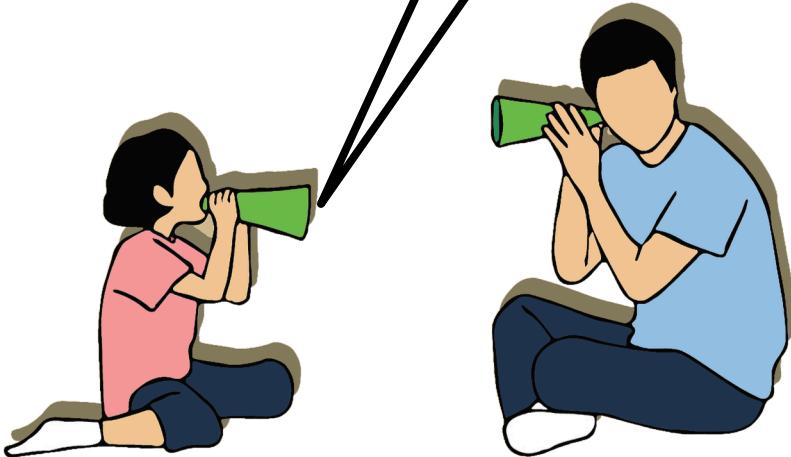


Stress auf der Arbeit, wieder viel zu viele Überstunden gemacht und den Chef interessiert mal wieder nicht wie es Dir geht? Stress in Ausbildung oder Schule? Wir kennen das!

Und was hilft besser gegen all den Scheiß auf der Arbeit als ein Bier unter Gleichgesinnten. Daher laden wir Dich zu unserem Roten Feierabend ein!

Egal ob Du Dich über den Job auskotzen oder einfach nur in entspannter Atmosphäre ein kühles Bier oder ein anderes Kaltgetränk genießen willst, Du bist herzlich eingeladen.

Wenn du eine E-Mail an **balaver@riseup.net** schreibst, bekommst du immer die neuste Ausgabe kostenlos per E-Mail oder gedruckt!





Ahmed (Name von der Redaktion geändert) ist vor zehn Jahren nach Deutschland geflohen und lebt seit fünf Jahren in Trier. Die Balaver hat sich mit ihm über die Situation als Flüchtling in Trier unterhalten.

Balaver: Wie kam es, dass du in Trier wohnst? Fühlst du dich wohl hier und was müsste anders sein, damit es dir besser geht?

Ahmed: Ich bin wegen eines langjährigen Freundes nach Trier gekommen, mit ihm habe ich ca. 1 Jahr in Hermeskeil gewohnt. Hauptsächlich bin ich wegen meiner Aufenthaltserlaubnis nach Trier gekommen, da ich subsidiären Schutz gehabt habe. Leider hat der Umzug aber nichts an meiner Aufenthaltserlaubnis geändert. Ich habe nach wie vor die gleichen Schwierigkeiten, die ich auch in Mecklenburg-Vorpommern gehabt habe. Von daher bin ich dann alleine von Hermeskeil nach Trier umgezogen. Die Frage, ob ich mich wohl fühle ist schwierig. Ich versuche vor allem mit meinen deutschen Freunden in Mecklenburg-Vorpommern, die mich gut empfangen haben, in Kontakt zu bleiben. Früher haben wir uns oft getroffen und zusammen z.B. Fußball gespielt. Wir hatten viel Spaß gemeinsam und die vermisste ich. Ich habe auch schlechte Erfahrungen gemacht, aber die deutschen Freunde haben mir auch das gute Leben gezeigt und mir

Hoffnung gemacht. Das vermisste ich. Damit es mir hier besser geht, müsste man in Trier die Leute auch darauf aufmerksam machen, dass man sich gegenseitig kennen lernen muss, man müsste alle, egal ob Ausländer oder Deutsche, zusammen bringen und gegenseitig die Kulturen kennenlernen. Solche Aktivisten wünsche ich mir auf meiner Seite.

Du arbeitest als Lagerist, hast auch bei einem großen Versandhändler gearbeitet. Wie ist denn der soziale Zusammenhalt auf der Arbeit? Kannst du gut mit deinen Arbeitszeiten und von deinem Verdienst leben?

Bei dem Versandhändler habe ich mehr mit Ausländern zusammen gearbeitet, es gab höchstens 2-4 Deutsche, die mit uns gearbeitet haben. Es war schon stressig und viel Arbeit. Und ob ich von dem Verdienst leben kann, die Frage ist schwierig, wenn man eine Familie hat, oder eine teurere Wohnung, dann ist es schon knapp. Als nicht ausgebildete Arbeitskraft bekommt man eigentlich überall nur Mindestlohn und das ist schon schwierig. Also für mich alleine ist es gerade so OK, aber wenn ich eine Familie hätte, wäre es zu wenig.

Jetzt arbeite ich bei einem Paketzustellunternehmen und was den sozialen Zusammenhalt betrifft, ist die Situation

völlig anders. Beim Versandhändler waren es fast nur Ausländer und wegen der hohen Arbeitsbelastung gab es eine hohe Fluktuation. Beim Zustellunternehmen ist es völlig anders. Mal ist es stressig, mal geht's, aber als Ausländer mit den Leuten, die da schon lange arbeiten ist es schwierig. Weil du jemand anders bist, wirst du auch anders behandelt. Z.B. verlagert der Lagermeister, oder der Schichtleiter, der schon 15-17 Jahre da arbeitet, seine Probleme oder Schwierigkeiten einfach auf dich. Wenn der zu Hause oder mit der Politik nicht zufrieden ist, hat man das Gefühl, er lässt es auf der Arbeit raus. Man merkt die Unzufriedenheit, obwohl er schon so lange da arbeitet. Also da ist sozialer Zusammenhalt leider nicht gegeben.

Es gibt einen Lagermeister und einen Schichtleiter, die schon lange da arbeiten und ich habe das Gefühl, die wollen nicht, dass du viel verstehst und dann noch ca. 4 Ausländer und die interessieren sich gegenseitig nicht oder man versteht die Sprache nicht. Manchmal habe ich das Gefühl, es ist gewollt, dass du schlecht bist oder dich schlecht fühlst in deiner Arbeit, damit man von ihnen abhängig bleibt und nicht den Mund aufmacht und sie weiter das Sagen haben.

Mit den Arbeitszeiten ist es so, dass ich mit Bus und Zug meine Arbeitsstelle erreiche, dann bin ich meistens ca. eine Stunde eher eine Stunde 20 Minuten früher da und warte bis meine Zeit los geht. Deshalb habe ich auch schon öfters versucht, meinen Führerschein zu machen, aber leider bisher erfolglos. Ich möchte nicht zu weit ausholen oder die Fahrschulen schlecht machen, aber ich habe das Gefühl, sie wollen gerne Geld verdienen, aber bereiten die Fahrschüler nicht gut auf die Prüfungen vor, so dass man durchfällt und weiter Geld zah-

len muss. Vielleicht war ich da zu gutgläubig, weil ich dachte, man zahlt und dafür wird man gut auf die Prüfungen vorbereitet. Wobei ich weiß, dass ich da kein Einzelfall bin und die Fahrschulen einen gerne abzocken, wenn man sich nicht wehrt.

Aktuell mache ich nur Nachschichten von abends 11 bis morgens halb 8 und damit ich nicht 1- 1,5 Stunden früher da sein müsste, wegen der Zugverbindung, bräuchte ich eben einen Führerschein. Und ich arbeite von Sonntagabend bis Freitagmorgen jede Nacht.

Was müsste sich ändern, damit kein Mensch mehr fliehen muss? Ist sogenannte Entwicklungshilfe vom Westen in afrikanischen Ländern sinnvoll um Flucht zu verhindern?

Meiner Meinung nach ist das Hauptproblem, dass die westlichen Länder die diktatorischen Regierungen in unserer Heimat unterstützen, so dass sie so stark sind, dass die Leute keine Chance haben, selbst etwas zu ändern. Die jungen Menschen fliehen, weil man ins Gefängnis kommt, wenn man seine Meinung sagt, oder irgendetwas, das der Regierung nicht passt. Das passt nicht zusammen. Man kann nicht auf der einen Seite die Regierungen unterstützen, wegen denen die Leute dort keine Chance haben etwas zu ändern und auf der anderen Seite sagen, man möchte nicht, dass Flüchtlinge kommen. Das funktioniert nicht, die Leute wollen dort auch einfach frei und ohne Angst leben können.

Das Interview führte
Elisabeth Singer

Manchmal habe ich das Gefühl, es ist gewollt, dass du schlecht bist oder dich schlecht fühlst in deiner Arbeit, damit man von ihnen abhängig bleibt und nicht den Mund aufmacht und sie weiter das Sagen haben.



DKP &

pro-familia



zur Lage in
Trier

SCHWANGERSCHAFTS ABBRÜCHE

Vortrag & Diskussion
15.03.2025 - 17 Uhr

im Komplex Infoladen
Trier-West

**Was sich
ändern muss!**



Historische &
Systemische
Einordnung

